

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Beate Müller-Gemmeke, Markus Kurth, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/1947 –**

### Durchsetzung von Mindestlöhnen

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Branchenspezifische Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz spielen zunehmend eine Rolle. Es reicht aber nicht, Mindestlöhne allgemeinverbindlich zu erklären. Sie müssen auch kontrolliert werden, damit Verstöße geahndet und ihre Durchsetzung sichergestellt wird.

1. Wie viele Beschäftigte profitieren von bestehenden Mindestlohnregelungen (differenziert nach Branchen und Geschlecht)?

Die Beschäftigtenzahlen der Branchen, in denen es zurzeit einen geltenden Mindestlohn im Sinne des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) gibt, sind der Tabelle zu entnehmen. Eine statistische Differenzierung dieser Zahlen nach dem Geschlecht liegt der Bundesregierung nicht vor.

Branche	Beschäftigte – im Juni 2008 –
Bauhauptgewerbe	rd. 678 000
Elektrohandwerk	rd. 243 000
Maler- und Lackiererhandwerk	rd. 64 000
Bergbauspezialarbeiten	rd. 1 500–2 000
Wäschereidienstleistungen	rd. 30 000
Abfallwirtschaft	rd. 175 000
Gebäudereinigung	rd. 830 000
Dachdeckerhandwerk	rd. 87 000

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit.

2. Wie viele Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung von Mindestlohnregelungen wurden von 2005 bis 2009 durchgeführt (differenziert nach Branchen und Jahr)?

Erst mit dem Jahr 2009 liegen der Bundesregierung arbeitsstatistische Daten der Zollverwaltung vor, die eine branchenspezifische Unterscheidung der Prüfungstätigkeit erlauben. Eine gesonderte statistische Erfassung und Auswertung der Überprüfungen von Mindestlohnregelungen erfolgt jedoch nicht. Die Behörden der Zollverwaltung prüfen nach § 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) Arbeitgeber aller Branchen. Bei Arbeitgebern, die auch dem AEntG unterliegen, erfolgt zusätzlich die Prüfung der Einhaltung der Bestimmungen nach dem AEntG. Auf dieser Grundlage ergibt sich für die Branchen, die bereits im Jahr 2009 eine Mindestlohnregelung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz hatten, folgendes Bild:

Jahr 2009	Personenbefragungen	Arbeitgeberprüfungen
Bauwirtschaft	172 728	14 094
Gebäudereinigung	18 597	2 139

3. Wie viele Verstöße gegen die Zahlung von Mindestlöhnen wurden zwischen 2005 und 2009 aufgedeckt, und wie hoch waren die ermittelten finanziellen Schäden für die Beschäftigten sowie für die Sozialversicherungsträger (differenziert nach Branchen und Jahr)?

Die Anzahl der eingeleiteten Bußgeldverfahren wegen eines Mindestlohnverstößes wird erst ab dem Jahr 2009 gesondert ausgewertet:

Jahr 2009	Eingeleitete Bußgeldverfahren gegen Arbeitgeber wegen Mindestlohnverstößen
Bauwirtschaft	1 445
Gebäudereinigung	203

4. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Dunkelziffer bei Verstößen gegen die Zahlung von gesetzlichen Mindestlöhnen (differenziert nach Branchen und Jahr) ein?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, die eine seriöse Schätzung zulassen.

5. Wie viele Verstöße gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wurden zwischen 2005 und 2009 aufgedeckt (differenziert nach Branchen, Verstößen und Jahr)?

Die Anzahl der eingeleiteten Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird erst ab dem Jahr 2009 gesondert statistisch ausgewertet. Die nachfolgende Tabelle beinhaltet neben den in der Antwort zu Frage 3 genannten Mindestlohnverstößen auch die übrigen im AEntG erfassten Bußgeldtatbestände.

Jahr 2009	Eingeleitete Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz
Bauwirtschaft	3 804
Gebäudereinigung	380

6. Wie hoch waren die durchschnittlich verhängten Bußgelder bei Verstößen gegen die Zahlung gesetzlicher Mindestlöhne bzw. bei Verstößen gegen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz, und auf welcher rechtlichen Grundlage wurden die Bußgelder verhängt (differenziert nach Branchen, Verstößen und Jahr)?

Die Ermittlung der durchschnittlichen Höhe der festgesetzten Geldbußen ist seriös nicht möglich. Die den einzelnen Bußgeldverfahren zugrunde liegenden Sachverhalte sind hinsichtlich der Zahl der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Dauer der Zuwiderhandlung so unterschiedlich, dass allein die Zahl der Bußgeldbescheide und die Summe der festgesetzten Geldbußen keine verlässliche Aussage zulassen. Die Zahl der in einem Bußgeldverfahren jeweils betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Dauer der Zuwiderhandlung – was regelmäßig Einfluss auf die Höhe der Geldbuße hat – können den statistischen Daten nicht entnommen werden.

Etwaige Geldbußen werden auf der Grundlage des AEntG i. V. m. dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) festgesetzt.

7. Gibt es Versäumnisse bei der Einnahme verhängter Bußgelder wegen Verstößen gegen die Zahlung gesetzlicher Mindestlöhne, Lohnwucher, sittenwidriger Löhne und Verstößen gegen § 266a des Strafgesetzbuches (StGB) (bitte aufgeschlüsselt nach Tatbeständen und Höhe der Verstöße)?

Wenn ja, in welchem Verhältnis stehen die tatsächlich realisierten Einnahmen zu den verhängten Bußgeldern?

Eine Einnahme von Geldbußen durch den Bund kommt nur dann in Betracht, wenn es sich um Ordnungswidrigkeiten handelt, für deren Verfolgung und Ahndung Behörden des Bundes zuständig sind und die so erlassenen Bußgeldbescheide ohne Einspruch rechtskräftig geworden sind. Zu Einnahmen im Zusammenhang mit festgesetzten Geldbußen wegen Verstoßes gegen das AEntG sind Aussagen nicht möglich, da die Einnahmen nicht differenziert nach Delikten ausgewiesen werden.

Es gibt keine Versäumnisse bei der Einnahme festgesetzter Geldbußen durch den Bund. Das Bundesministerium der Finanzen veröffentlicht jährlich u. a. die Summe der durch die Zollverwaltung festgesetzten sowie die insgesamt vereinnahmten Geldbußen. Die Summen der festgesetzten und vereinnahmten Geldbußen weichen insbesondere aus folgenden Gründen voneinander ab:

- Festsetzung, Rechtskraft und Zahlung beziehen sich auf unterschiedliche Jahre;
- Bewilligung von Zahlungserleichterungen (Stundung, Ratenzahlung);
- Vollstreckung war nur zum Teil erfolgreich;
- im Rechtsbehelfsverfahren Abgabe an die Amtsgerichte: wird der Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vor dem Gericht nicht zurückgenommen und nicht vom Gericht verworfen, fließen die vom Gericht festgesetzten Bußgelder aus Verfahren der Zollverwaltung der Landeskasse zu. Eine gesonderte statistische Erfassung der von den Bundesländern vereinnahmten Bußgelder aus Verfahren der Zollverwaltung erfolgt nicht.

8. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die personellen und finanziellen Mittel des Zolls ausreichen, um die Anwendung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu kontrollieren?

Wenn nein, ist eine Aufstockung beabsichtigt?

Die personelle und finanzielle Ausstattung des Zolls ist angemessen, um die Umsetzung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes zu kontrollieren.

Im Haushaltsjahr 2010 erfolgte eine Verstärkung mit 150 zusätzlichen Planstellen für den Aufgabenbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung.

9. Wie hoch sind die Kosten für die Kontrolle des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes?

Wie hoch sind die Einnahmen durch Bußgelder?

Wie hoch fallen die zusätzlichen Zahlungen an Sozialversicherungsträger aus (jeweils differenziert nach Branchen und Jahr)?

Zur Höhe der Kosten für die Kontrolle des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes durch die Zollverwaltung können keine Aussagen getroffen werden.

Zu Einnahmen im Zusammenhang mit festgesetzten Geldbußen wegen Verstoßes gegen das AEntG sind Aussagen nicht möglich, da die Einnahmen nicht differenziert nach Delikten ausgewiesen werden.

10. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung der bestehenden Sanktionen bei Verstößen gegen Mindestlohnregelungen?

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Verschärfung der Sanktionen?

Die Bundesregierung sieht das zur Verfügung stehende Sanktionsinstrumentarium als ausreichend an. Eine Verschärfung ist nicht beabsichtigt.

11. Besitzt die Bundesregierung Informationen darüber, wie viele Kontrollen, Strafverfahren und Verurteilungen durch die zuständigen Behörden es zwischen 2005 und heute aufgrund des Verdachts auf Lohnwucher oder Verstöße gegen § 266a StGB gegeben hat?

Wie viele Verstöße wurden festgestellt?

Wie viele Sanktionen wurden verhängt?

Wie hoch waren die durchschnittlich verhängten Bußgelder (jeweils differenziert nach Branchen und Jahr)?

Etwaige Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Lohnwuchers gehen in die jährlich von der Zollverwaltung ausgewiesene Zahl der Ermittlungsverfahren ein. Eine gesonderte Erfassung des Lohnwuchers erfolgt nicht. Demgegenüber wird zur Beitragsvorenthaltung (§ 266a StGB) ab dem Jahr 2009 Folgendes statistisch gesondert ausgewertet:

Beitragsvorenthaltung § 266a StGB	abgeschlossene Ermittlungsverfahren
Bauwirtschaft	2 295
Gebäudereinigung	382

Da es sich bei Lohnwucher (§ 291 StGB) und Beitragsvorenthaltung (§ 266a StGB) um Straftatbestände handelt, werden keine Geldbußen festgesetzt, sondern ggf. durch die Landesjustizverwaltung Geld- oder Freiheitsstrafen ver-

hängt. In wie vielen Fällen Verurteilungen erfolgten und mit welchen Sanktionen, ist der Zollverwaltung nicht vollständig bekannt, da nicht immer Mitteilungen an die Behörden der Zollverwaltung erfolgen. Soweit diese Mitteilungen erfolgen, ergibt sich zur Beitragsvorenthaltung für das Jahr 2009 Folgendes:

Beitragsvorenthaltung § 266a StGB	Geldstrafe	Freiheitsstrafe in Monaten
Bauwirtschaft	2 025 065 EUR	1 387
Gebäudereinigung	590 625 EUR	574

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Geld- und Freiheitsstrafen des Jahres 2009 nicht zwingend mit den oben dargestellten abgeschlossenen Ermittlungsverfahren des Jahres 2009 in Verbindung stehen.

Statistische Angaben zu Strafverfahren und Verurteilungen nach den genannten Tatbeständen liegen nur für das gerichtliche Verfahren (in der Strafverfolgungsstatistik) vor, nicht jedoch für das Ermittlungsverfahren. Lohnwucher ist ein Unterfall des § 291 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 StGB. In der Strafverfolgungsstatistik werden Aburteilungen und Verurteilungen nach § 291 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und 4 StGB nur gemeinsam erfasst. Die nachfolgende Tabelle enthält Angaben über Aburteilungen und Verurteilungen gemäß § 266a StGB und § 291 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 und 4 StGB. Angaben für das Jahr 2009 liegen noch nicht vor.

Jahr	§ 266a StGB Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt		§ 291 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 StGB Sonstiger Wucher	
	Abgeurteilte	Verurteilte	Abgeurteilte	Verurteilte
2005	9 702	8 114	19	10
2006	8 931	7 445	19	12
2007	9 595	8 099	24	19
2008	8 826	7 463	21	12

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Strafverfolgung.

Die Daten bis 2006 beziehen sich lediglich auf das Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik einschließlich Gesamt-Berlin.

12. Besitzt die Bundesregierung Informationen darüber, wie viele abhängig Beschäftigte von 2005 bis heute von Lohnwucher (§ 291 StGB) oder Verstößen gegen § 266a StGB betroffen waren, und wie hoch die finanziellen Einbußen für die Beschäftigten bzw. für die Sozialversicherungsträger (differenziert nach Branchen und Jahr) waren?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Informationen vor.

13. Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung die praktische Bedeutung der Vorschriften § 291 StGB (Wucher) in Bezug auf Lohnwucher und § 266a StGB (Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt) einzuschätzen?

Wenn die Bundesregierung die praktische Bedeutung als gering einstuft: Worin liegen die wesentlichen Ursachen für die geringe Bedeutung, und beabsichtigt die Bundesregierung diese Vorschriften zu ändern?

Betrachtet man die Bedeutung im Vergleich und die Aburteilungen und Veruntreuen unter statistischen Gesichtspunkten, so ergibt sich aus der Antwort zu Frage 11, dass das Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt relativ häu-

fig sanktioniert wird, während es, wenn überhaupt, nur wenige Aburteilungen und Verurteilungen wegen Lohnwuchers gibt.

14. An wie viele Beschäftigte wurden von 2005 bis heute sittenwidrige Löhne (§ 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches) gezahlt, und wie hoch waren die finanziellen Einbußen für die Beschäftigten bzw. für die Sozialversicherungsträger (differenziert nach Branchen und Jahr)?
15. Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegen Lohnwucher, sittenwidrige Löhne und das Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt nach § 266a StGB zu unternehmen?

Über die Sittenwidrigkeit einer Lohnvereinbarung kann rechtsverbindlich nur das zuständige Gericht für Arbeitsachen entscheiden. In der Statistik der Arbeitsgerichtsbarkeit werden Fälle des Lohnwuchers nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht gesondert erfasst, so dass eine Aussage zur Anzahl der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie zu den betreffenden Beträgen nicht möglich ist.

Nach bereits geltender Rechtslage kann die Vereinbarung eines besonders niedrigen Arbeitsentgelts auch den Tatbestand des Lohnwuchers nach § 291 StGB erfüllen. Damit ein Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft eingeleitet werden kann, muss dieser der Sachverhalt mitgeteilt werden. Die Staatsanwaltschaft wird dann von Amts wegen tätig. Die Verfolgung hängt in der Praxis damit entscheidend auch davon ab, ob im Falle eines strafrechtlich relevanten Lohnwuchers der Fall zur Anzeige gebracht wird.

Bei der sozialversicherungsrechtlichen Betriebsprüfung nach § 28p des Vierten Buches Sozialgesetzbuch ist die Prüfung der Angemessenheit einer zwischen den Parteien eines Arbeitsvertrags vereinbarten Vergütung nicht Gegenstand. Werden allerdings Beschäftigten im Klageweg höhere Lohnansprüche zugesprochen, resultieren daraus auch höhere Beitragsansprüche, die auf dem üblichen Weg eingezogen werden. In der sozialversicherungsrechtlichen Betriebsprüfung wird u. a. auch geprüft, ob die Umsetzung entsprechender gerichtlicher Entscheidungen für das Beitragsrecht der Sozialversicherung korrekt erfolgte. Statistisches Material zur Häufigkeit solcher Fallkonstellationen existiert bei der Deutschen Rentenversicherung Bund jedoch nicht.



